

## INTERNATIONAL

6 PANDRAMA DES BAUERN-  
KAMPFES IN BRASILIEN

## BRD

8 KRIMINALISIERUNG IMMER  
GRÖßERER TEILE  
DER BEVÖLKERUNG

## HAMBURG

14 DIE SCHWARZE ROLLE  
HAMBURGS IM KRIEG

## BREMEN

16 BILLIGER SPORT

## FRAUEN

10 PFLEGEKOSTEN STEIGEN  
2024 WEITER

## NORDRHEIN-WESTFALEN

18 SOZIALE INFRASTRUKTUR  
VOR DEM KOLLAPS?

## BERLIN

12 HAUSDURCHSUCHUNGEN

## BADEN-WÜRTTEMBERG

20 ZENTRALER PROTESTTAG  
VON APOTHEKERN

## KULTUR

22 TEMU – BILLIGWARE  
FÜR DIE JUGEND

## **INHALT**

**4 BILD DES MONATS**

**6 INTERNATIONAL**

**8 BRD**

**10 FRAUEN**

**12 BERLIN**

**14 HAMBURG**

**16 BREMEN**

**18 NORDRHEIN-WESTFALEN**

**20 BADEN-WÜRTTEMBERG**

**22 KULTUR**

**6. DEZEMBER IN HELSINKI**

**GROBES PANORAMA DES BAUERNKAMPFES  
IN BRASILIEN IN DEN LETZTEN MONATEN**

**DIE REAKTIONARISIERUNG DES  
DEUTSCHEN STAATES: KRIMINALISIERUNG  
IMMER GRÖßERER TEILE DER BEVÖLKERUNG**

**PFLEGEKOSTEN STEIGEN 2024 WEITER,  
ZULASTEN VON VIELEN FRAUEN**

**HAUSDURCHSUCHUNGEN – WIE DER  
DEUTSCHE STAAT SEINE EIGENEN  
GESETZE MISSACHTET**

**DIE SCHWARZE ROLLE DER STADT HAMBURG  
IM KRIEG GEGEN PALÄSTINA**

**BILLIGER SPORT**

**SOZIALE INFRASTRUKTUR VOR DEM KOLLAPS?**

**ZENTRALER PROTESTTAG VON APOTHEKERN  
IN SÜDDEUTSCHLAND**

**TEMU – BILLIGWARE FÜR DIE JUGEND**

## **KONTAKT**

Bei Fragen, Anmerkungen, Vorschlägen oder Anfragen für  
Abos schreibt uns eine Mail an  
[rotepost@gmx.de](mailto:rotepost@gmx.de)

## **V. I. S. D. P.**

Franziska Vogler  
Blodigstr. 15  
80933 München

## **EIGENTUMSVORBEHALT**

Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung einschließlich ihrer Beilagen solange Eigentum der/des AbsenderIn, bis sie den Gefangenen ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme“ ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Rote Post den Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie der/dem AbsenderIn mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzuschicken.

Liebe Leser der Roten Post,

wir begrüßen euch herzlich im neuen Jahr.

Wir können feststellen, dass sich das imperialistische Weltsystem beginnend vor rund fünf Jahren in einer langandauernden Depression entwickelt und die Prognosen für die nächste Zeit keine Verbesserung in dieser Hinsicht andeuten. Zusätzlich zu dieser andauernden ökonomischen Krise entwickelt sich die Krise des Parlaments, die Krise der Demokratie. Dies ist insbesondere in Anbetracht der einzigen hegemonialen imperialistischen Supermacht, den USA, deutlich. Dort beginnt der Wahlkampf und letztlich scheinen die hauptsächlichen Fragen sich nicht um politische Linien, sondern darum zu drehen, wer der größere Lump – ist Biden oder Trump. Was für den größten Imperialisten gilt, lässt sich im allgemeinen über alle imperialistischen Länder sagen, dass diese sich in Krise befinden.

Diese Krise wird befördert durch den andauernden Kampf der Völker der Welt gegen das imperialistische Joch. In der Sahel-Region hat, neben den andauernden militärischen Konflikten mit sogenannten Islamisten, die Niederlage und der Rückzug der Imperialisten aus Mali, sowie die Wiederaufnahme des bewaffneten Kampfes durch die Polisario für die Unabhängigkeit Westsaharas von Marokko für noch mehr Unruhe gesorgt. Von dort spannt sich ein Band des bewaffneten Kampfes, welches annähernd durchgängig bis nach Südostasien reicht. Dazu gibt es noch weitere Brennpunkte, unter anderem tobt immer noch ein ausgewachsener Krieg in Europa. In Lateinamerika entwickeln sich die Volkskämpfe, wie wir in dieser Ausgabe anhand von Entwicklung der Kämpfe der Bauernschaft in Brasilien aufzeigen.

Es beweist sich auch im neuen Jahr: Die Revolution ist die politische und geschichtliche Haupttendenz.

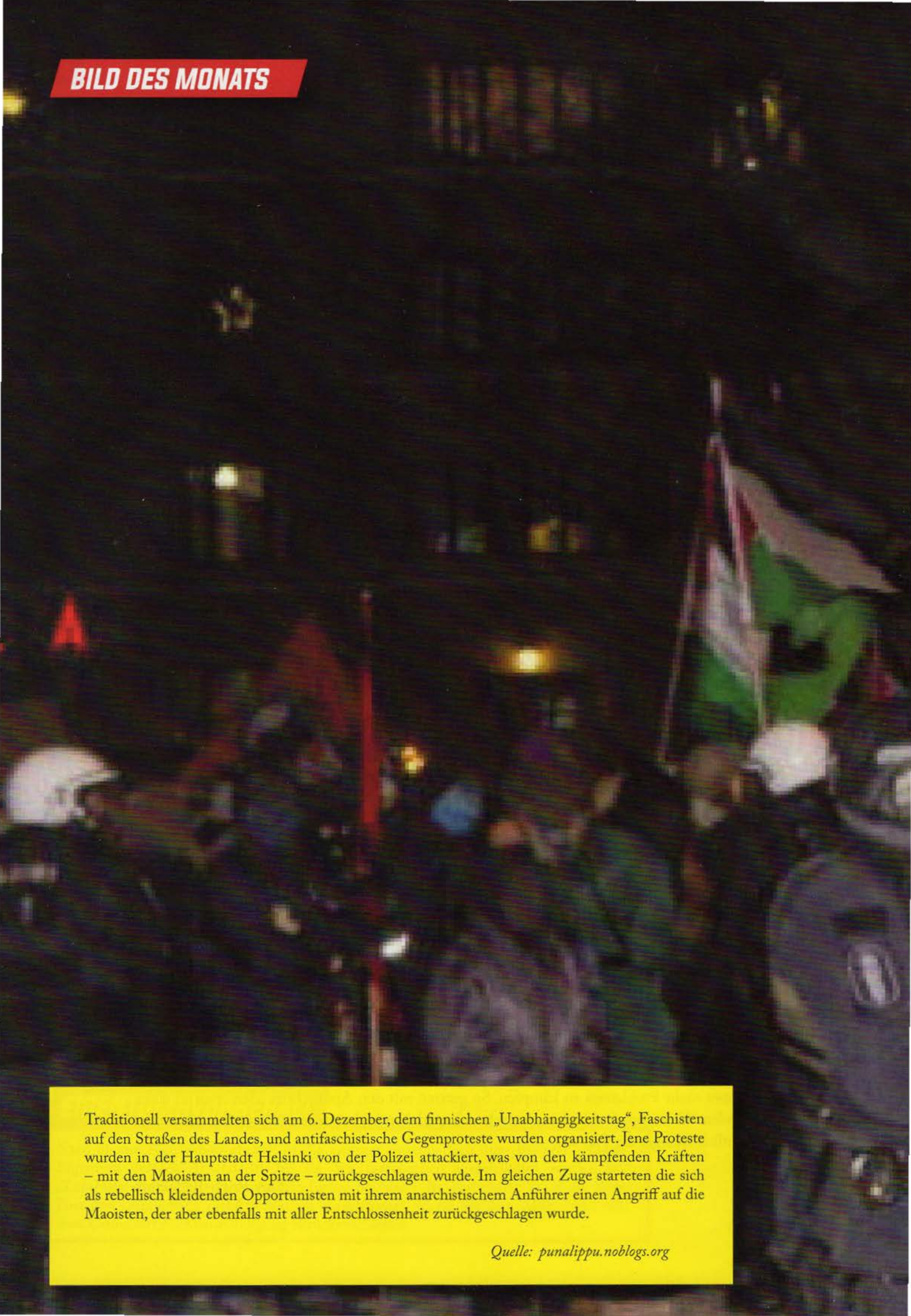
Der deutsche Imperialismus steckt weiter in der Krise, die prognostizierten ökonomischen Aussichten sind düster und die politische Krise ist allgegenwärtig. Zuletzt wurde gerichtlich bestätigt, dass der Staat selbst seine Wahlfarce derart wenig ernst nimmt, dass er aufgrund von Schlampereien diese im Land Berlin nun teilweise wiederholen muss. Gleichzeitig steht der Vollzug der Spaltung der Linkspartei aus.

In seiner Krise verstärkt der deutsche Imperialismus seine Aggressionen nach innen und außen. Er überzieht ganze Teile der Bevölkerung im eigenen Land mit immer stärkerer Repression und ist gleichzeitig äußerst engagiert in seiner Komplizenschaft mit dem Völkermord an den Palästinensern. Er versucht seine Dominanz in Osteuropa zu stärken, u.a. mit der Stationierung eines ganzen Bataillon der Bundeswehr im Baltikum an der Grenze zu Russland. Die vermeintliche Lösung der ökonomischen Krise durch eine Entwicklung des Staatskapitalismus und den Bruch der Verfassung – Stichwort Schuldenbremse – hat zuletzt einen deutlichen Dämpfer erhalten.

Immer mehr Menschen im Land fallen bei der Durchsetzung der Interessen des deutschen Imperialismus hinten runter. Respekt vor dem Alter gibt es staatlicherseits schlicht nicht, ebenso wenig eine bedarfsgerechte Versorgung mit Medizin und auch diejenigen, die die Bevölkerung damit versorgen, haben mit immer mehr Problemen zu kämpfen. So geraten mit den Apothekern Menschen in einen größer werdenden Widerspruch mit dem deutschen Imperialismus, bei denen dies vorher nicht oder zumindest deutlich weniger der Fall war.

Eure RoPo-Redaktion

## BILD DES MONATS



Traditionell versammelten sich am 6. Dezember, dem finnischen „Unabhängigkeitstag“, Faschisten auf den Straßen des Landes, und antifaschistische Gegenproteste wurden organisiert. Jene Proteste wurden in der Hauptstadt Helsinki von der Polizei attackiert, was von den kämpfenden Kräften – mit den Maoisten an der Spitze – zurückgeschlagen wurde. Im gleichen Zuge starteten die sich als rebellisch kleidenden Opportunisten mit ihrem anarchistischem Anführer einen Angriff auf die Maoisten, der aber ebenfalls mit aller Entschlossenheit zurückgeschlagen wurde.

*Quelle: [punalippu.noblogs.org](http://punalippu.noblogs.org)*



## GROBES PANORAMA DES BAUERNKAMPFES IN BRASILIEN IN DEN LETZTEN MONATEN

In Brasilien, wie in vielen anderen unterdrückten Nationen, führt die Bauernschaft, vor allem die armen Bauern einen Kampf um Land. Dieses Land wird ihnen seit eh und je geraubt durch Großgrundbesitzer und ausländische Monopole. Doch die armen Bauern in Brasilien haben im Unterschied zur Bauernbewegung anderer Länder ihren Kampf auf eine neue Stufe heben können, weil sie eine revolutionäre Führung haben, welche bewaffnet mit der Ideologie der Arbeiterklasse, dem Maoismus, ein klares Programm zur Eroberung des Landes in die Tat umsetzt. Um ein grobes Panorama des Kampfes der armen Bauern in Brasilien zu zeigen, werden wir im folgenden ein paar Beispiele für Bauernkämpfe machen um die Bandbreite dieses Kampfes zu zeigen.

### BESETZUNGEN

Ein konkretes Mittel, um das gestohlene Land wieder den armen Bauernmassen zugänglich zu machen, sind sogenannte Landinvasionen, also die massenhaften Besetzung von Land durch Bauernfamilien. So haben in der zweiten Oktoberwoche letzten Jahres zum Beispiel mehr als 130 Bauernfamilien unter Führung der Liga der armen Bauern im Bundesstaat Minas Gerais ihre Ländereien zurückerobert. Ihr Gegner ist in diesem Fall nicht ein einzelner Großgrundbesitzer, sondern das unter dem Namen „Jaiba“ firmierende „größte Bewässerungsprojekt Lateinamerikas“. Dieses Bewässerungsprojekt soll eine Gesamtfläche von 18.500 Hektar einnehmen und ist ein imperialistisches Megaprojekt um „Agrarunternehmen“ (die modernisierte Form von Großgrundbesitzern) und imperialistischen Konzernen bessere Bedingungen für die Produktion von landwirtschaftlichen Exportprodukten zu ermöglichen. Diese Vorgehensweise vertieft den halbkolonialen Zustand des Landes. Der alte brasilianische Staat finanziert dieses Megaprojekt, die Gewinne fließen jedoch in die Taschen von brasilianischen Großgrundbesitzern und imperialistischen Konzernen im Ausland. Zurück bleiben die Bauernfamilien, welche keine Wohnungen finden, ihren Boden aufgeben mussten der sie ernährt und ohne sichere Arbeitssituation für wenig Geld schwerste Arbeiten für die lokalen Großgrundbesitzer erledigen müssen.

Nach acht Jahren der leeren Versprechungen durch die Lokalpolitik holten sich die Bauernfamilien nun ihr Land zurück, um eine sichere Lebensgrundlage zu haben. Das heißt, dass der Boden auf dem sie arbeiten ganz konkret ihrem Überleben und Wirtschaften dient und nicht den Interessen der Großgrundbesitzer oder imperialistischen Konzernen. Eine andere Massenbesetzung ereignete sich Ende November im Südosten des Bundesstaates Pará, wo über tausend Bauernfamilien zwei Landgüter, die von örtlichen Großgrundbesitzer unter dubiosen Bedingungen angeeignet wurden, zurückerobert haben. Trotz einer Blockade durch Polizeikräfte, die versuchen jeglichen Nachschub an Lebensmitteln und Mitteln des täglichen Bedarfs an die Lager zu unterbinden, kündigten die Bauernfamilien an in ihrem Kampf weiterzuführen bis das Land ihnen gehört.

### BLOCKADEN

Im Bundesstaat Mato Grosso do Sul rief die neu in Erscheinung tretende „Volksbewegung des Kampfes“ Ende Oktober in drei Städten arme Bauern dazu auf Autobahnen zu blockieren, um ihren Kampf für Land und demokratische Rechte Nachdruck zu verleihen. Die stundenlangen Blockaden der Autobahn und das Verteilen von über 5.000 Flugblättern führten in allen drei Städten dazu, dass das für Landreform zuständige Staatsinstitut gezwungen war, Treffen mit Vertretern der Bewegung zuzustimmen, um die Forderungen der Bauern anzuhören. Ein Sprecher der „Bewegung des Volkskampfes“ erklärte in einem Interview, dass die tausenden Bauernfamilien des Bundesstaates sich dazu entschließen einen schonungslosen Kampf gegen den alten Staat zu führen, um für ihr Recht auf Boden zu kämpfen, während die Bauern zunehmend Lösungswege und Vertreter, die auf Kompromisse mit dem alten Staat bauen, ablehnen. Mitte November mobilisierten Bauern der „Union der Gemeinden im Kampf“ im Bundesstaat Maranhão ebenfalls zu einer Blockadeaktion. Dieses mal von zwei Landstraßen, um damit gegen die Enteignung ihres Landes zu demonstrieren. Dabei denunzierten die Bauern vor allem die Enteignung ihres Bodens durch schwer bewaffnete Kriminelle im Dienste der Großgrundbesitzer, sowie

die anschließende Legalisierung dieser Taten durch die Ausstellung von falschen Eigentumsurkunden und Karten, welche den örtlichen Großgrundbesitzern von den Behörden ausgestellt wurden. Auch diese Blockadeaktion war ein Erfolg. So wurde für den darauf folgenden Montag ein Treffen mit staatlichen Stellen erkämpft, bei denen die Bauern angehört werden müssen.

## WIDERSTAND

Ein anderes Kampffeld der revolutionären Bauernbewegung in Brasilien ist der konkrete Widerstand, um ihre Besetzungen und Erfolge gegen die Angriffe durch den alten brasilianischen Staat zu verteidigen. Dieser geht häufig mit großer Gewalt, meistens durch Abteilungen seiner Militärpolizei gegen die Bauern vor. Im nordöstlichen Bundesstaat Pernambucano

wehrten sich Ende August letzten Jahres dutzende Bauern unter Führung der Liga der armen Bauern gegen einen Großgrundbesitzer in seinem Versuch große Teile einer Gemeinde, auf der 2.000 Bauern leben, zu entvölkern, um dort eine Rinderfarm für den internationalen Markt zu schaffen. Trotz der Bedrohung durch bewaffnete Lakaien des Großgrundbesitzers und

der Militärpolizei, sammelten sich die Bauern und verhinderten, dass das Vieh des Großgrundbesitzers auf ihre Flächen getrieben wird. Eine andere Gruppe der Bauern verhinderte den Bau eines Viehstalls und vertrieb die Angestellten der Rinderfarm. So mussten selbst lokale Behörden feststellen, dass die Ansprüche des Großgrundbesitzers unrechtmäßig sind. Die Bauern eroberten Teile des gestohlenen Landes zurück

und fingen umgehend an die umkämpften Flächen zu bewirtschaften. Innerhalb von sechs Stunden wurden nicht nur vier Hektar Land zurückerobert, sondern auch landwirtschaftlich genutzt. Die Polizei musste sich schließlich zurückziehen, während die Bauern sie unter dem Singen von revolutionären Liedern verhöhnten. Ein anderer Vorfall ereignete sich Anfang Oktober. Bauern der Landbesetzung „Mãe Bernadete“ wurden von bewaffneten Militärpolizisten angegriffen und überfallen, konnten aber trotz der waffentechnischen Überlegenheit der Militärpolizei, den Angriff der Diener der Großgrundbesitzer zurück zuschlagen und sie zu vertreiben.

Zusätzlich zu diesen Kämpfen, kam es Ende November im Bundesstaat Maranhão zu einem ungeklärten Vorfall. Bei dem Ereignis wurden drei Kleintransporter, die zu einem Konvoi bewaffneter

Söldner gehörten, welche auf dem Weg waren, das Dorf Carrasco im Auftrag von Großgrundbesitzern illegal zu räumen, in einen bewaffneten Hinterhalt gelockt. Bei dem Hinterhalt wurde eines der Fahrzeuge so mit Kugeln eingedeckt, dass es von der Straße abkam und anschließend von den Angreifern in Brand gesetzt wurde. Das besondere bei dem Hinterhalt ist, dass es sich

bei zehn der Söldner um Polizisten handelt, welche von Großgrundbesitzern angeheuert wurden. Unter den Polizisten befand sich auch ein Sergeant der Militärpolizei, welcher tot und verbrannt aufgefunden wurde. Dies zeigt wieder einmal die Verstrickung der Militärpolizei mit Großgrundbesitzern im Kampf gegen die Bauernbewegung. •



## DIE REAKTIONARISIERUNG DES DEUTSCHEN STAATES KRIMINALISIERUNG IMMER GRÖßERER TEILE DER BEVÖLKERUNG

Der Ausnahmezustand, der in Zusammenhang mit der Covid-19 Pandemie verhängt wurde, hat einen Sprung mit sich geführt. Einen Sprung in der Konzentration der Macht in der Exekutive (ausführende Gewalt), in der Überwindung des Föderalismus und noch einigem mehr. Was jetzt deutlich wird, ist das Vorgehen des Staates gegen die Massen. In der Periode des Corona-Ausnahmezustands wurden ganze Bevölkerungsteile als Schwurbler oder Verschwörungstheoretiker verunglimpft, angegriffen und ausgestoßen. Hunderttausende Menschen wurden pauschal dämonisiert.

Mit dem Angriffskrieg des russischen Imperialismus gegen die Ukraine ist ähnliches mit der russisch-stämmigen Bevölkerung passiert. Jeder der seine Meinung in dieser Hinsicht sagte wurde zum Agenten Putins erklärt, russische Läden wurden angegriffen, Leute hatten Sorgen in der Öffentlichkeit russisch zu sprechen. Betroffen waren wiederum viele Hunderttausende.

Jetzt wurde das auf eine noch eine höhere Stufe gehoben. Hier richtet sich der Kampf des deutschen Staates gegen jeden, der sich solidarisch mit Palästina erklärt. Demonstrationen werden von der Polizei verboten, was eigentlich nur die Gerichte dürfen, systematisch wird die bundesdeutsche Verfassung gebrochen und das mit den allerscheinheiligsten Vorwänden.

In diesem Zusammenhang werden religiöse Minderheiten angegriffen, nicht nur die Muslime insgesamt, sondern vor allem die Schiiten: Der Angriff auf die Blaue Moschee, die Durchsuchungen und Beschlagnahmungen, waren nicht nur auf den zentralen Gebetsort der Schiiten in Deutschland begrenzt, sondern betrafen die ganze Bundesrepublik. Diese religiöse Minderheit wird als terroristisch dämonisiert. Hunderttausende werden zum Staatsfeind erklärt und bekämpft, nicht nur durch die Hetze der Medienmonopole und deren Mitläufer aus Revisio-nisten und Opportunisten, sondern direkt durch die deutsche Polizei. Diese Kriminalisierung ganzer Bevölkerungsgruppen seit Corona stellt eine neue Qualität in der Reaktionenisierung des deutschen Staates dar.

Gefühlt vergeht keine Woche ohne Hausdurchsuchungen und Vereins- bzw. Organisations- oder Betätigungsverbote. Dabei schlägt der Staat in alle Richtungen: Faschisten und Antifaschisten, Muslime usw. usf. Diese Normalisierung des staatlichen Terrors, der aggressiven Angriffe der politischen Polizei und die Steigerung von deren Macht trifft leider noch auf keinen wirklich quantitativ relevanten Widerstand.

Im bayrischen LKA wird aktuell eine Analysesoftware des Überwachungskonzerns Palantir getestet. Die Software soll die Auswertung von Daten übernehmen, unverknüpfte Datenbestände zusammenführen und auswerten. Polizeiinterne Informationen werden beispielsweise mit Verbindungsdaten aus der Telefonüberwachung, E-Mails, Social-Media-Daten, Inhalten beschlagnahmter Mobiltelefone und Datenträger usw. kombiniert und abgeglichen. Damit sollen mögliche Zusammenhänge von der Software erkannt werden und die Repressionsbehörden für sie relevante Informationen gewinnen. Der Einsatz dieser Software ist allerdings aufgrund der damit möglichen Massendatenauswertung datenschutzrechtlich höchst umstritten und hat keine klare juristische Grundlage, ist also eigentlich illegal. Trotzdem hat die bayrische Polizei begonnen diese einzusetzen. Die Exekutive handelt und kümmert sich nicht um Legislative (Gesetzgebung) und Judikative (Gericht).

Das Ziel dabei wird immer wieder offensichtlich: die tiefsten und breitesten Massen, diejenigen, die am meisten ausgebeutet und unterdrückt sind. Eine neue Studie der Hochschule für angewandte Wissenschaften in Hamburg belegt, dass sogenanntes „Racial Profiling“ bei der Hamburger Polizei auf der Tagesordnung steht. „Racial Profiling“ beschreibt ein Konzept, das von der Polizei angewandt wird, nach dem Menschen auf Grundlage von Haut- und Haarfarbe kontrolliert werden. Diese rassistischen Kontrollen betreffen laut der Studie, die sich auf den Stadtteil St. Pauli bezieht, insbesondere Menschen aus afrikanischen Ländern. Laut den Anwohnern, besonders des südlichen Teils von St. Pauli, gebe es im Viertel eine polizeiliche Belagerung. Polizeistreifen fahren im Minutentakt durch die Straßen



und in ähnlich hoher Intensität gibt es auch besagte Kontrollen. In Hamburg zeigte sich das auch am Steindamm, einer Straße, die vorwiegend von arabischen Läden geprägt ist, und die die Polizei über mehrere Tage mit mehreren Mannschaftswagen belagerte und vor der naheliegenden Moschee Menschen vor dem Freitagsgebet kontrollierte.

Auch wenn die Judikative in Deutschland in einigen Fällen eine Oppositionsrolle in Bezug auf die Allmachtsbestrebungen der Exekutive spielt, ist sie doch ebenso Handlanger der Repressionsorgane. Ein Beispiel dafür ist ein Verfahren am Oberlandesgericht Düsseldorf gegen Ihsan Cibelik wegen angeblicher Mitgliedschaft in der DHKP-C (bewaffnete kämpfende Organisation in der Türkei). Cibelik ist Künstler und Mitglied der international bekannten Musikgruppe „Grup Yorum“. Er befindet sich seit dem 18. Mai 2022 in Untersuchungshaft in der JVA Köln. Er leidet an Prostatakrebs und es ist notwendig, dass dieser entfernt wird. Das OLG Düsseldorf verweigert jedoch eine Haftentlassung zur Krebsbehandlung und verurteilt Cibelik damit quasi zum Tod.

Bei Fußballspielen testet die Polizei regelmäßig aus, wie weit sie gegen die Massen vorgehen kann. Beim Spiel zwischen Eintracht Frankfurt und dem VfB Stuttgart kam es zu einer größeren Gewalteskalation der Polizei gegen Fußballfans. Auf Seiten der Fans gab es insgesamt mindestens 70 Verletzte und sieben schwer Verletzte. Es wurde ein Vorwand gefunden, das Fehlen einer korrekten Eintrittskarte bei einem Fan und eine Festnahme. Wenige Sekunden später griff die Polizei den Bereich vor Block 40 an. Es kam zu einer mindestens 30-minütigen Konfrontation, bei der die Polizei immer wieder prügelte und Reizgas einsetzte, ohne jede Rücksicht auf Kinder.

Jüngst ereignete sich am 17. Dezember in Bremen ein erneuter Angriff auf die Solidarität mit Palästina. Augenzeugen berichten laut demvolkedienen.org, dass mindestens zwei Teilnehmer einer Demonstration von der Polizei, unter Verletzung des Versammlungsrechtes, in der Demonstration festgesetzt, ihre Personalien aufgenommen und Anzeige wegen Verdachts auf „Volksverhetzung“ gestellt wurde. Vorwand war ein Transparent mit der Parole „Die Rebellion ist gerechtfertigt!“, auch in arabischer Sprache.

In der jüngsten Vergangenheit hat der deutsche Staat mithilfe des Paragraphen 130 des Strafgesetzbuches, der sogenannten „Volksverhetzung“, eine Reihe von

Repressionen gegen ganze Teile der Bevölkerung in Deutschland entfesselt. Ursprünglich war der Paragraph vor allem in Benutzung, wenn Nazis ausländerfeindliche oder antisemitische Parolen skandierten bzw. den Holocaust leugneten oder verharmlosten. Allerdings wurde der Paragraph seit der Gründung der Bundesrepublik Deutschland etwa siebenmal modifiziert bzw. verschärft. Erst vergangenes Jahr war eine so massive Änderung bzw. Erweiterung vom bürgerlichen Gesetzgeber beschlossen worden, dass sogar einige Verfassungsrechtler Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Änderungen anmeldeten. Inzwischen kann nach der neuen Fassung „öffentliches Billigen, Leugnen und gröbliches Verharmlosen von Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen“ unter Strafe gestellt werden. Dies erklärt auch, warum die Vertreter der aktuellen Regierung so schnell hinterher waren, die Gegenoffensive der palästinensischen nationalen Widerstandsfront Anfang Oktober als angebliche Kriegsverbrechen zu brandmarken, während jedes Massaker und tatsächliches Kriegsverbrechen (z.B. Kollektivstrafe, Benutzung geächteter Waffen usw.), die gesamte Völkermord-Strategie gegen die Palästinenser von Seiten der USA und Israels als „Selbstverteidigung“ verklärt wird. Somit ist der Paragraph 130 inzwischen zu einem wahren „Anti-Internationale-Solidaritäts“-Paragraphen, einem Gesetz direkt gegen den Befreiungskampf der Völker der Welt, geworden. Passenderweise war der Vorgänger des Paragraphen 130 in der Reichsverfassung von 1871 als „Klassenkampfparagraph“ bekannt, der gegen die „Klassenverhetzung“ gerichtet war. Diese Kontinuität zeigt sich jetzt deutlich, auch bei dem Angriff auf die Berliner Frauengruppe Zora, die kurz vor Weihnachten Ziel einer „Anti-Terror“-Operation war. •



Palästina-Demonstration in Hamburg im November

## PFLEGEKOSTEN STEIGEN 2024 WEITER, ZULASTEN VON VIELEN FRAUEN

Der „Eigenanteil“ für ein Platz im Pflegeheim soll im nächsten Jahr erneut steigen. Das heißt, der Anteil, den die Senioren bzw. deren Angehörige aus eigener Tasche für das Leben im Pflegeheim zahlen müssen. Momentan (Stand September 2023) liegt dieser im Durchschnitt bei 2.778 Euro im Monat. Im Vergleich zum Vorjahr ist der Beitrag um 14% gestiegen, das bedeutet konkret durchschnittlich 348€ mehr monatlich, und schon 2022 stieg der Beitrag um 24% im Vergleich zum Vorjahr. Für das kommende Jahr wird die Erhöhung auf 19% geschätzt. Diese Erhöhungen setzen sich übrigens fort in einer Reihe von jährlichen Beitragserhöhungen, das ist also keine neue Entwicklung.

Dabei gibt es große regionale Unterschiede: In Sachsen-Anhalt zahlt man für einen Platz im Pflegeheim im Durchschnitt „nur“ 2.047 Euro, in Baden-Württemberg sind es knapp 3.000 Euro.

Als Vorwand dafür werden die allgemeinen Teuerungen durch die Wirtschaftskrise angegeben, sowie gestiegene Löhne für Pflegerinnen, denn seit September 2022 müssen alle Pflegekräfte nach Tarifvertrag bezahlt werden. Konsequenz davon müsse dann angeblich sein, dass die Rentner selbst für die Mehrkosten aufkommen sollen, obwohl jeder Arbeiter sein Leben lang in die Farce einer „Pflegeversicherung“ zwangsweise einzahlen muss. So werden die Bewohner und Angestellten gegeneinander ausgespielt, obwohl beide im selben Boot sitzen und beide unter Sparmaßnahmen im Gesundheitswesen leiden.

Zusätzlich soll ab 2024 auch noch der jährliche Bundeszuschuss zur Pflege in Höhe von einer Milliarde Euro wegfallen. Wo im neuen Jahr mit dem neu entstandenen „Haushaltsloch“ noch mehr eingespart werden wird, kann man sich vorstellen.

Bei einem Eigenanteil der Kosten von 2.778€ fragt man sich schon, wer sowas überhaupt zahlen kann. Welcher Rentner, und vor allem welche Rentnerin ist in der Lage, monatlich 2.778€, und perspektivisch noch wesentlich mehr für ihre Unterkunft zu zahlen? Von einer Rente ist das nicht möglich. Wer kein Vermögen besitzt, ist auf Hilfe vom Sozialamt angewiesen. Und wer die Hilfen nicht bewilligt bekommt oder sich gar nicht erst durch den bürokrati-

tischen Dschungel schlägt, wird eben Zuhause von den Angehörigen gepflegt. Laut dem statistischen Bundesamt lebt nur jeder 6. Pflegebedürftige im Heim, der Rest wird Zuhause versorgt.

### ZUSÄTZLICHE ARBEITSBELASTUNG FÜR FRAUEN

Das hat eine direkte Auswirkung auf das Leben vieler Frauen: Gemäß ihrer heutigen gesellschaftlichen Rolle als Fürsorgerin, d.h. Arbeiterin, für die Familie wird von ihnen erwartet, dass sie sich um das Wohlergehen der Familienmitglieder kümmern. Falls sie und der Pflegebedürftige finanziell nicht in der Lage sein sollten, 2.778€ im Monat für ein Pflegeheim zu stemmen, liegt es in der Regel an den Frauen, sich um Alternativen zu kümmern. Diese Alternative bedeutet dann die individuelle Pflege Zuhause durch (weibliche) Familienmitglieder. Das ist eine ungeheure Mehrbelastung, einmal zeitlich und dann natürlich auch körperlich und emotional.

### EINE KOLLEKTIVE VERANTWORTUNG

Es gibt verschiedene historische Beispiele dafür, wie die Pflege von alten oder kranken Menschen besser organisiert wurde. Ein Beispiel findet sich in China in den 1960er und 70er Jahren.

Hier war die Pflege von Angehörigen keineswegs mehr die alleinige Verantwortung der Frau. Es gab in den Wohnblöcken der Arbeitersiedlungen Sanitätsposten, die für die Gesundheit derjenigen, die noch Zuhause versorgt werden konnten, zuständig waren. Die Posten waren von Bewohnern besetzt, die von Ärzten ausgebildet wurden. Die Sanitätsarbeiter kümmerten sich aber nicht bloß um die Genesung von einer Krankheit, sondern sie versorgten die Kranken mit Essen, Lektüre und Informationen über das alltägliche Leben außerhalb der vier Wände. Die verschiedenen Komitees wurden informiert über den Zustand des Kranken, und es wurde dafür gesorgt, dass sich derjenige nicht alleine gelassen fühlt, z.B. indem regelmäßig Besuch vorbeikam. So mussten nicht die Frauen Zuhause bleiben oder nach der Lohnarbeit

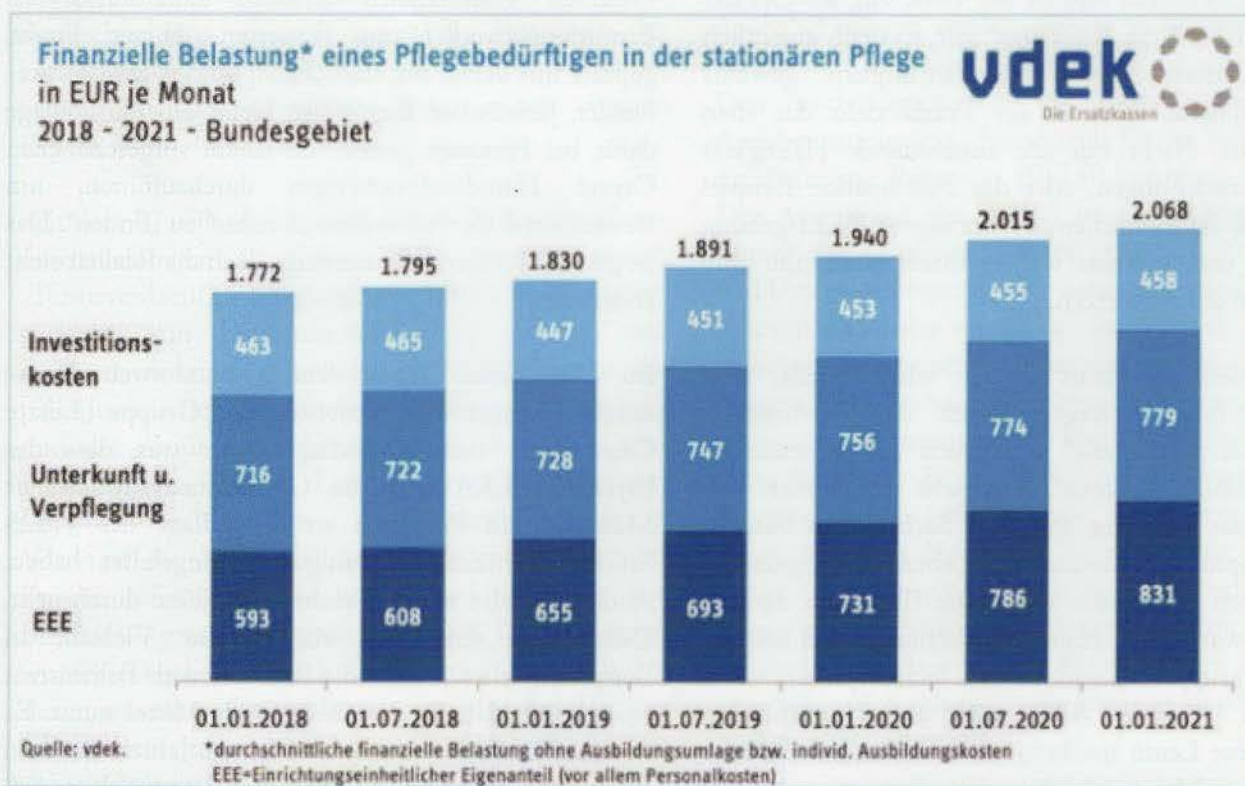
noch die Sorgearbeit alleine bewältigen. Um diese kollektive Verantwortung zu gewährleisten, wurden medizinische Grundkenntnisse als notwendiges Allgemeinwissen erklärt und schon im Kindergarten und in der Schule gelehrt. Dadurch war es völlig selbstverständlich und kein Gebiet mehr von Experten, eine Infektion auszukurieren oder Erste Hilfe zu leisten.

## RESPEKT VOR DEM ALTER

Für alte Menschen, die mehr Unterstützung brauchten, gab es auch ein Konzept. Grundsätzlich galt es, die Alten nicht zu isolieren, sondern sie als wichtigen Teil der Gesellschaft anzuerkennen. Dafür wurden ihnen auch Aufgaben gegeben, die sie spüren ließen, dass sie einen Beitrag zum gesellschaftlichen Leben und zur Produktion leisten. Im Gegensatz zum Ansatz in der BRD, der Senioren am Rande der Gesellschaft „abstellt“, weil sie ausgedient haben und keinen „Nutzen“ mehr haben. Üblich war, dass die Senioren generationsübergreifend in der vertrauten Umgebung gewohnt haben, entweder bei der eigenen Familie oder, falls es die nicht mehr gab, bei entfernten Verwandten

oder befreundeten Familien, quasi als Form der umgekehrten Adoption. Es gab aber auch vereinzelt noch Häuser für die Alten, die nicht bei der Familie untergekommen sind. Hier war die Besonderheit, dass die Bewohner an gesellschaftlichen Veranstaltungen teilgenommen haben und nach Möglichkeit noch kleine Aufgaben erledigt haben, z.B. als Dienstleister oder indem sie ihr Wissen und ihre langjährige Erfahrung Jüngeren vermittelt haben.

All diese anderen Ansätze des Umgangs mit alten und kranken Menschen hatten damals eine spürbare Entlastung für die Frauen zur Folge, die auch ganz bewusst mit diesen Maßnahmen geplant war. Heute brauchen wir perspektivisch genauso eine gemeinsame Verantwortung für die Pflege, aber vor allem erst einmal finanzielle Entlastungen, um einen Platz im Pflegeheim nicht zu einem Privileg zu machen. •



Anzumerken ist: Die Entwicklungen seit Anfang 2021 sind noch deutlich gravierender

## HAUSDURCHSUCHUNGEN – WIE DER DEUTSCHE STAAT SEINE EIGENEN GESETZTE MISSACHTET

In den letzten Wochen vergeht kaum ein Tag, an dem man nicht von Hausdurchsuchungen in den bürgerlichen Medien liest. Es fällt ins Auge, dass nicht nur eine bestimmte Gruppe betroffen ist. Bis hin zu Kindern, die Blödsinn im Internet schreiben kann es jeden treffen. Wir haben bereits im Artikel über die BRD dieses Thema behandelt und wollen hier auf Grund der Ereignisse kurz vor Weihnachten weitere Aspekte beleuchten.

Die Rechtsgrundlage für eine Hausdurchsuchung bilden die §§ 102 ff. StPO. Kurzgefasst steht der Staatsanwaltschaft die Hausdurchsuchung als Mittel der Beschaffung von Beweismitteln zur Verfügung. Sie dienen sowohl als „präventive Maßnahme“, also um vermeintlich zukünftige Straftaten zu verhindern, als auch als repressive Maßnahme, um „bereits begangene Straftaten aufzuklären“. Hierbei kann eine Durchsuchung prinzipiell wegen jeder Straftat durchgeführt werden – auch auf Grund von fälschparken, wie ein ehemaliger Verfassungsrichter erklärte. Eine Hausdurchsuchung stellt einen schweren Eingriff in die Grundrechte dar, da die Wohnung als Ort der „Privatheit und des Rückzugs“ gilt, weshalb eigentlich der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit gewahrt werden müsste, doch in der Praxis sieht das eben anders aus. Nicht nur die zunehmende Häufigkeit der Durchsuchungen, oder das Fälschparker-Beispiel zeigt, dass die Herrschenden ihre eigene Rechtsgebung auslegen und brechen wie es ihnen passt, um ihre Interessen durchzusetzen.

Schlagzeilen, die man immer wieder liest, sind „Durchsuchungen wegen Besitz und Verbreitung von Kinderpornografie“ oder auch „25 Festnahmen in ‚Reichsbürger‘-Szene“. Vielleicht denkt man sich erstmal, das sei keine schlechte Sache wenn Faschos und pädophilen Schweinen das Leben schwer gemacht wird. Doch man sollte sich keine Illusionen darüber machen, warum die Hausdurchsuchungen bei solchen Personengruppen massiv in den letzten Jahren voran getrieben wurden. Alles was die Herrschenden gegen diese Leute machen, bei denen sich die „breite öffentliche Meinung“ einig ist, dass es „schlechte Menschen“ sind, soll der Legitimation von Repression im allgemeinen dienen. Das, was gestern dazu geführt

hat, dass der „Reichsbürger“ festgenommen wird, wird heute gegen fortschrittlichere Kräfte verwendet.

Am 30. November fanden in Berlin neun Hausdurchsuchungen, wegen „Verdachts auf Hasskriminalität“ statt. Im Rahmen des achten bundesweiten Aktionstags gegen „Hasskriminalität im Internet“ wurden in ganz Deutschland insgesamt 91 Wohnungen durchsucht und Vernehmungen durchgeführt. Ermittelt wurde laut der Polizei gegen Personen, die sich im Internet angeblich rassistisch oder antisemitisch äußerten, Politiker oder andere Menschen bedrohten oder zu entsprechenden Straftaten aufriefen. Die Hausdurchsuchungen wegen „Hasspostings“ werden damit begründet, dass es angeblich manchmal das einzige Mittel sei, um die Tat aufzuklären, die Geräte einzusehen, um damit den Tatnachweis mit Sicherheit führen zu können. Was hierbei ein nicht zu vernachlässigender Aspekt ist, sind die sogenannten „Zufallsfunde“. Darunter versteht man Beweismittel die, laut der Einschätzung der Cops vor Ort, für eine andere strafrechtliche Untersuchung von Relevanz sein können. Es ist laut den bürgerlichen Gesetzen grundsätzlich zulässig, Zufallsfunde zu Ermittlungszwecken zu verwerten. Dieser Punkt, gepaart mit dem Fakt, dass „Hassposting“ kein feststehender, juristischer Begriff ist, bietet eine Grundlage dafür, bei Personen gezielt mit einem vorgeschobenen Grund Hausdurchsuchungen durchzuführen, um Beweismittel für eine andere „Straftat“ zu „finden“. Das ist gesetzlich eigentlich untersagt, doch die Realität sieht anders aus.

Im Mai diesen Jahres fanden bundesweit Hausdurchsuchungen bei Aktivisten der Gruppe „Letzte Generation“ statt. Grundlage dafür war, dass das bayerische LKA und die Generalstaatsanwaltschaft München ein Verfahren auf Grundlage des § 129 StGB („kriminelle Vereinigung“) eingeleitet haben. Auch in Berlin wurden mehrere Objekte durchsucht. Dieser Fall reiht sich ein in eine Vielzahl an Beispielen, wie schamlos die BRD offen als Polizeistaat agiert, und Hausdurchsuchungen als Mittel nutzt. Es ist kein Zufall, dass sich in den letzten Jahren die Zahl der Verfahren auf Grundlage des Paragraphen 129 häufen, wie beispielsweise im Fall Lina E. und dem Antifa-Ost-Verfahren. Bemerkenswert ist hierbei, dass

die „Letzte Generation“ das Grundgesetz überhaupt nicht angreift, die Forderungen der „Letzten Generation“ sogar sehr „verfassungsfreundlich“ sind, da sie an die Bundesregierung und den Bundestag appellieren, ihre selbst beschlossenen Maßnahmen, wie das „Pariser Klimaabkommen“ umzusetzen. Sie stützen sich bei ihren Aktionen auf das

Grundgesetz, genauer auf das Recht auf Versammlungsfreiheit. Hierbei gibt es jedoch Einschränkungen um die „öffentliche Ordnung“ zu schützen. Da sich die Klimaaktivisten auf Straßen festklebten, und somit den Verkehr blockierten, wird ihnen „Nötigung“ vorgeworfen, worauf die Vorwürfe eine „kriminelle Vereinigung“ zu sein basieren.

Ein Kommentar der Innenministerin Nancy Faeser (SPD) macht jedoch deutlich, was hier das eigentliche Ziel ist, denn laut ihr sollen die Hausdurchsuchungen zeigen, dass man sich nicht über den „Rechtsstaat“ lustig machen darf. Es geht also darum die Leute einzuschüchtern, die sich gegen die Interessen der Herrschenden stellen. Selbst wenn sie die Forderung haben, dass der bürgerliche Staat seinen eigenen Regeln folgt.

Seit dem 07. Oktober häufen sich in Berlin die Hausdurchsuchungen auf Grund von „Antisemitismus“, „Terrorverdacht“, „Billigung von Straftaten“, „Unterstützung von terroristischen Vereinigungen“ und weiteren abstrusen Vorwürfen, die sich gegen die palästinensische nationale Widerstandsbewegung und die damit solidarischen Menschen und Organisationen in diesem Land richten. Ein weiterer Vorwurf, der in diesem Zusammenhang oft als Vorwand für Hausdurchsuchungen verwendet wird, ist die öffentliche „Belohnung und Billigung von Straftaten“ gemäß Paragraph 140 StGB. Der Paragraph wurde insbesondere nach Beginn des Angriffskriegs des russischen Imperialismus gegen die Ukraine verwendet, um angeblich gegen Unterstützer des Angriffskriegs vorzugehen, und wird nun auch verwendet, um die angebliche „Verherrlichungen des Hamas-Terrors“ in sozialen Medien zu verfolgen.



zoradeutschland Seit dem 7. Oktober rollt eine Welle über Palästina, erstreckt sich vom Fluss bis zum Meer. Am Samstag brach die Operation Al Aqsa Flut erstmals über die israelischen Besatzungsmacht herein, durchbrach dabei Stacheldraht und Grenzmauern Gazas. Es ist eine Offensive, die so in der Geschichte Palästinas zum ersten Mal zu Tage tritt. Ein historischer Moment für nationale Befreiungskämpfe weltweit.

Den gesamten Text findet ihr auf unserem Blog unter [zora-online.org](https://zora-online.org) oder im Link in unserer Bio.



Gefällt 309 Mal  
10. Oktober



170 Polizeibeamte stürmten am Morgen des 20. Dezember Wohnungen, ein Café und ein Büro in fünf verschiedenen Berliner Stadtteilen. Anlass für den Angriff gegen die Mitglieder der Frauenorganisation ZORA, den die BILD-Zeitung eine „Terror-Razzia“ nannte, war lediglich ein Post auf Instagram.

Laut einem Sprecher der Polizei durchsuchten die Beamten des Staatsschutzes „sechs Wohnungen und zwei Szenobjekte“ in Berlin. Hintergrund seien zwei staatsanwaltschaftliche Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts des „Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger und terroristischer Organisationen“. Ermittelt werde gegen sechs Beschuldigte, von denen fünf angeblich der ZORA angehören sollen. Den Beschuldigten wirft die Staatsanwaltschaft den Angaben zufolge vor, „Propaganda für die Volksfront für die Befreiung Palästinas (PFLP) betrieben zu haben“. Der Angriff auf die ZORA ist ein weiterer Akt im Kampf des deutschen Staates gegen die Solidaritäts- und Unterstützungsarbeit für nationale Befreiungs- bzw. Widerstandsbewegungen. Er ist Teil der imperialistisch-chauvinistischen Kampagne des deutschen Imperialismus insbesondere gegen die palästinensische nationale Widerstandsfront und seine verschiedenen Organisationen. Er ist Teil des völkermörderischen Krieges Israels, geführt vom Yankee-Imperialismus, gegen das Volk Palästinas. Er ist zutiefst ungerecht, vertieft die Komplizenschaft des deutschen Imperialismus mit dem Völkermord und erhöht seine Mitschuld an den Verbrechen Israels. Es gilt diesen Angriff zu verurteilen, sich mit den Angegriffenen zu solidarisieren und sie zu unterstützen. •

## DIE SCHWARZE ROLLE DER STADT HAMBURG IM KRIEG GEGEN PALÄSTINA

**A**m 08. Dezember 2023 war es so weit: die über zwei Monate geltende Allgemeinverfügung der Hamburger Versammlungsbehörde und Polizei, mit der jegliche Versammlung für Palästina grundsätzlich verboten werden konnte, wurde vom Verwaltungsgericht gekippt. Doch wer gedacht hat, dass mit dem Ende der Allgemeinverfügung auch die Repression gegen Palästina Unterstützer vorbei sei, der hat sich geschnitten. Denn nach wie vor erlässt die Polizei bei Versammlungen harte und chauvinistische Auflagen und erteilt Sprech- und Meinungsverbote. Und nicht nur die Polizei sorgt für Repression auf Versammlungen, denn mittlerweile hat sich auch der deutsche Inlandsgeheimdienst, der Verfassungsschutz, eingeschaltet.

### DROHUNGEN, MEINUNGSVERBOTE, REPRESSION

Die Repression gegen Unterstützer des palästinensischen Volkes in Hamburg geht weiter. Der vergangene Monat bietet wieder zahlreiche Vorfälle, die dies belegen. Auch nach dem Ende der Allgemeinverfügung werden Demonstrationen und Kundgebungen mit harten Auflagen belegt, die zum Beispiel die Bezeichnung des Völkermords Israels am palästinensischen Volk, als das was es ist – ein Völkermord – verbieten. Es ist ein polizeiliches Meinungs- bzw. Sprechverbot, das nicht durch das deutsche Strafgesetzbuch gedeckt ist und vor allem zeigt, dass die Exekutive immer mehr Macht bekommt. Sogar im Menschenrechtsrats der Vereinten Nationen wurde die BRD für genau dieses harte Vorgehen gegen Palästina-Unterstützer kritisiert, denn das Recht auf Versammlung war bis zum 08. Dezember 2023 de facto ausgehebelt und ist weiterhin mindestens stark eingeschränkt.

Darüber hinaus versucht der deutsche Staat unterdessen gezielt Aktivisten, die sich für Palästina engagieren einzuschüchtern. So gab es im vergangenen Monat im Zuge von Palästina Demonstrationen zwei sogenannte „Anquatschversuche“ durch Vertreter des Verfassungsschutzes. Bei diesen „Anquatschversuchen“

werden Personen direkt vom Verfassungsschutz auf offener Straße angesprochen oder auch angerufen. So auch in den Fällen hier in Hamburg, bei denen Aktivisten von Vertretern des Inlandsgeheimdienstes im Zuge von Demonstrationen für Palästina angesprochen und unterschwellig bedroht wurden. Dies sind nur zwei von vielen Beispielen, wie der deutsche Staat versucht pro-palästinensischen Protest im Keim zu ersticken.

### „HAMBURG, DAS TOR ZUR WELT“. AUCH FÜR KRIEGSGERÄT!

Die deutschen Imperialisten und damit auch die Stadt Hamburg, machen sich aber nicht nur auf politischer Ebene darin schuldig den Kampf für ein freies Palästina zu schwächen, zu diskreditieren und zu verhindern. Auch auf wirtschaftlicher und militärischer Ebene gibt es große Unterstützung in der auch Hamburg als Hafenstadt, eine Rolle spielt. Seit der Gegenoffensive der palästinensischen nationalen Widerstandsfront, hat der deutsche Imperialismus seine Waffenlieferungen nach Israel mehr als verzehnfacht. Der Wert des aus der BRD gelieferten Kriegsmaterials stieg seit Oktober schlagartig. Im Jahr 2022 lieferte die BRD Waffen im Wert von 32 Millionen Euro nach Israel. Bis Oktober 2023 sah es so aus als würde es ungefähr beim gleichen Umfang bleiben, dann stieg die Zahl laut Bundeswirtschaftsministerium aber auf satte 303 Millionen Euro. Von insgesamt 218 Aufträgen für Waffenlieferungen nach Israel im Jahr 2023 sind 185 Aufträge seit dem 07. Oktober bearbeitet und genehmigt worden, also über 80 Prozent (Waffenlieferungen aus Dezember 2023 sind hier noch nicht mit eingerechnet).

Der Hamburger Hafen ist zwar nicht der Hauptschauplatz für Waffenexporte aus Deutschland, Bremerhaven, Wilhelmshaven und Kiel spielen dabei in der Regel eine größere Rolle, aber dennoch ist der Hamburger Hafen nicht unbeteiligt, wenn es um deutsche Waffen geht. Allein im ersten Quartal dieses Jahres wurden abertausende Waffen, Waffenkomponenten, gepanzerte Fahrzeuge, sowie Kriegsschiffe

aus dem Hamburger Hafen in alle Welt transportiert. Außerdem ist mit der Hamburgischen Schiffbau Versuchsanstalt ein Forschungsunternehmen in Hamburg ansässig, welches international prominent im Bereich der Entwicklung vor allem von Marinetechnologien ist.

Die deutschen Imperialisten versuchen alle Details, welche direkt mit Waffenlieferungen und ihrer eigenen Beteiligung an Kriegen zu tun haben, zu verschleiern. Auch was die derzeitigen massiven Waffenlieferungen nach Israel betrifft, nennt die Bundesregierung grundsätzlich keine Details, auch damit beteiligte deutsche Konzerne nicht erkennbar werden.

Mitte Dezember 2023 gab es einen Angriff auf einen Hamburger Konzern mit Bezug auf den Völkermord in Palästina. Ein Containerschiff der Hamburger Reederei Hapag Lloyd wurde am Morgen des 15. Dezember in der Meeresstraße von Bab al-Mandab von einer Rakete getroffen. Dieser Angriff auf das Schiff von Hapag Lloyd wird mit den Ansar-Allah – besser bekannt als Houthi-Rebellen – aus dem Jemen in Verbindung gebracht. Die Bewegung hat nach

Beginn des Völkermords des israelischen Staates im Gazastreifen schnell Position für das palästinensische Volk bezogen. Diese Positionierung war nicht nur auf dumme Phrasen und leere Versprechen beschränkt und wurde schnell in die Tat umgesetzt. So flogen seit dem 07. Oktober aus dem Jemen immer wieder Raketen auf südliche Teile Israels und die Ansar-Allah, die im Wesentlichen den Jemen regieren, erließen ein Embargo für Schiffe mit Verbindung zu Israel im Roten Meer. Im Zuge dieses Embargos griffen die Houthis in den vergangenen Wochen und Monaten mehrere Schiffe an, beschossen und konfiszierten sie sogar.

Die Hamburger Reederei Hapag Lloyd beschloss daraufhin in einer Notkonferenz am 18. Dezember 2023 den Seeweg durch das Rote Meer bis auf Weiteres zu meiden und stattdessen auf den rund 6.000 Kilometer längeren Seeweg um das Kap der Guten Hoffnung in Südafrika auszuweichen. Nach der förmlichen Anklage durch die Houthis in Form einer Rakete, darf man diese Reaktion getrost als Schuldeingeständnis von Seiten Hapag Lloyds, die übrigens zu 13,9 Prozent der Stadt Hamburg gehört, ansehen. •



*Demonstration für Palästina in Hamburg*

## BILLIGER SPORT

Die Sporthalle am Godenweg in Bremen-Nord schimmelt infolge eines Wasserschadens vor sich hin; die Umkleidetrakte sind gesperrt und die Sportler und insbesondere Schüler müssen sich in der Halle umziehen. Ein neues Problem in einer von vielen maroden Turnhallen in Bremen. Die Oberschule an der Lehmhorster Straße aus Bremens entlegenstem Arbeiterviertel, Lüssum, nutzt die Sporthalle täglich. Der Kreissportbund Bremen Nord kann die Sanierungskosten seit Jahren nicht tragen, und nun wäre eigentlich längst die Stadt gefragt. Aber Bremens Innensenator – und bekannter Fußball-Hasser – Ulrich Mäurer, dessen Ressort auch für Sport zuständig ist, hat in den Haushaltseckpunkten für 2024 / 2025 durchgesetzt, dass mehr Geld für Polizei und weniger für Sport da sein wird. Und so werden die Turnhallen in den Bremer Arbeitervierteln verfallen gelassen.

Die für Bremer Verhältnisse „Elite-Sportschule“ an der Ronzelenstraße im Bonzenviertel Horn hingegen soll bis zum Sommer ihre neue „Super-Sporthalle“ fertiggestellt bekommen. Tatsächlich wollen sie dort nun auch offiziell den Titel „Eliteschule des Sports“, dafür soll die in Norddeutschland einzigartige 2-geschossige Halle mit je 3 Bereichen helfen. Oben soll der Schul- und unten der Wettkampfsport stattfinden. Das Bauprojekt läuft bis jetzt wie geschmiert – das betont auch die für alle Hallen in Bremen verantwortliche „Immobilien Bremen“, die also gleichzeitig diejenige ist, die die Sporthalle am Godenweg verfallen lässt – und soll 23 Millionen Euro kosten, während für Turnhallen in den Arbeitervierteln nichts da ist. 15 der 139 Schulsportstätten in Bremen sind aktuell gesperrt – häufig wegen eines maroden Tragwerks der Dächer.

Einer der wenigen Orte, wo es theoretisch Aussicht auf Besserung gäbe, ist die große Turnhalle an der Delfter Straße in einer Arbeitergegend im Randstadteil Huchting. Dort wird saniert, allerdings schon viel länger als geplant, und die Planungen sind katastrophal; dort wurden unter anderem Holzkonstruktionen für Zwischendecken auf maroden Trägern und Mauern im Umkleidebereich gebaut; viel Geld wurde ebenfalls in die völlig unnötige „Aufhübschung“ der Parkebene unten – ein beliebter Ort für die Huchtinger Jugend, wo alles voll mit

Graffiti ist und jeder ungesehen malen kann – gesteckt. Auch anderswo gerät das Geld in den Schulen an zweifelhafte Stellen. Teile der insgesamt knapp drei Millionen jährlich, die die Stadt Bremerhaven für „externe Sicherheitsdienste“ ausgibt, gehen in vier Secus, die mittlerweile die Eingänge der Wilhelm-Raabe-Schule überwachen, weil schulfremde Jugendliche dort ein bisschen rebelliert hatten.

Marode Turnhallen und der Mangel an Lehrkräften führen dazu, dass Sport nicht mehr vernünftig unterrichtet werden kann. Unterricht fällt aus, Materialien fehlen, Übungen können nicht richtig angeleitet werden. Ein Breitensport-Kindertrainer Mitte 30 wundert sich: *„Das ist krass heute – von den Jungs und Mädels kann keiner mehr einen Handstand. Das haben wir früher alle in der Grundschule gelernt. Turnen. So etwas gibt es heute ja gar nicht mehr richtig. Wir können denen das ja hier auch nicht alles neu beibringen. Viele kriegen ja überhaupt keinen vernünftigen Schwimmunterricht mehr. Früher waren die Kinder im Allgemeinen viel sportlicher.“* Die Folgen sind sehr deutlich; im Allgemeinen ist das Niveau körperlicher Fitness von Kindern deutlich am Sinken. Zwischen 2011 und 2021 ist die Zahl von Adipositas betroffener 6- bis 18-Jähriger bundesweit um 33,5 Prozent gestiegen. Insbesondere sollen nach diesen Untersuchungen der Kaufmännische Krankenkasse in Hannover insbesondere Kinder in „sozialen Brennpunkten“, d.h. die ärmsten unserer Klasse, betroffen sein. Kein Wunder, denn ihnen bietet der Staat die wenigsten Möglichkeiten. Die mangelnde körperliche Ertüchtigung und der unter anderem daraus resultierende schlechte körperliche Zustand, in dem mehr Kinder und Jugendliche heute groß werden, hat neben den miserablen Zuständen im Schulsport auch Ursachen im Niedergang des Breitensports. In Zeiten, wo staatliche Gelder immer mehr in Krieg und Repression gesteckt werden und im Sportbereich immer mehr profitable Leistungsabteilungen aufgebaut und gefördert werden, schwindet den vielen kleinen Vereinen, die schon eher Sport um des Sportes Willen für die breiten Massen kostengünstig anbieten, die Perspektive. In Bremen ist die Zahl der Sportvereine zwischen 2011 und 2022 auch noch dreimal so schnell gesunken wie in ganz Deutschland – um 15 Prozent.



Die Decke einer Bremer Turnhalle

Eine weitere Kindertrainerin eines Breitensportvereins berichtet: *„Wir finden keinen Nachschub. Ich wollte eigentlich schon längst raus sein, aber ich muss immer und immer wieder einspringen. Es gibt auch kaum noch Jugendliche, die sich vorstellen können, zwei Stunden in der Woche ein Kindertraining anzuleiten. Das ist denen anscheinend auch zu wenig Geld. Aber der Verein kann auch nicht mehr zahlen. Und dann muss ich mich halt kümmern; auch bei Sportfesten stehe ich oft alleine da, obwohl es eine Menge zu organisieren gibt.“*

Auch waren die „Leistungsabteilungen“ von Stadtteilvereinen, die es auch ohne große Gelder Jugendlichen ermöglichten, auf hohem Niveau zu trainieren, vor einigen Jahren noch verteilt. Heute ist es in einem Großteil der Sportarten so – wer mehr will, der muss zu Werder gehen. Im Tischtennis, Handball, Leichtathletik, Fußball natürlich und weiteren haben die sozusagen das „Leistungsmonopol“. Das macht andere Vereine unattraktiver und schadet ihnen folglich auch im Allgemeinen, was auch dazu beiträgt, dass die Stadtteilvereine mehr und mehr absterben.

Doch ab den Teenager-Jahren finden junge Menschen heutzutage eine andere Beschäftigung, um sich fit zu halten und „die Figur zu optimieren“. Die Rede ist natürlich von Fitnessstudios. Mit einem überschaubaren Monatsbeitrag kann man sich in den großen Gyms oft rund um die Uhr aufpumpen. Es gibt durchaus bessere Sachen, aber grundlegend sind natürlich alle Einrichtungen vorhanden, sich einfach und schnell ein körperlich gesundes Fitnessniveau anzutrainieren. D.h. es ist im Vergleich zu anderen Sportarten besonders effizient und kostengünstig. Der Arbeiter, der ins Gym geht, zahlt selber seinen Beitrag, um sich körperlich gesund zu halten; statt auf Kosten des Staates für Unterstützung für Sportvereine macht ein Fitnessunternehmen Profit durch ihre Beiträge. Wer hat ein Interesse daran? Die Ausbeuter, denn

körperlich fitte und leistungsfähige Arbeiter werden gebraucht, und wenn an der Sache noch andere Ausbeuter profitieren und nicht der Staat belastet wird, ist es optimal. In Gyms trainiert man also direkt für die Ausbeuter, das sollte jeder im Kopf haben. Man schenkt ihnen die Freizeit, um die Arbeitskraft bestmöglich zu reproduzieren und gibt anderen noch sein Geld. Wer braucht schon Sport, der richtig Spaß macht und kollektiv ist?

Das ist nämlich der zweite Punkt. Statt wie üblich durch Sport das Gemeinsame zu fördern, was doch eigentlich das ist, was einem zum Sport motiviert, stellt das Fitnessstudio das Individuum in den Mittelpunkt, sagt, es ginge um „körperliche Optimierung“, „das beste aus sich selbst herauszuholen“ und so weiter. Auch das dient den Ausbeutern, wenn wir lernen, nur auf uns selbst zu schauen, anstatt uns in einem Kollektiv zu vereinen, denn so können wir sie nicht bekämpfen. Dass es den meisten eh nur um einen aufgepumpten Körper und dicken Bizeps geht, um anderen und besonders sich selbst zu imponieren, zeigt die Degeneration, die die Körperkultur in die Köpfe der Menschen setzen will. Dann wird die Traumfigur als neuer Maßstab gesetzt, und wenn man die erreicht, dann ist man zufrieden und braucht auch nicht so wütend auf die Ausbeutung zu sein. Ein arabischer Handwerkslehrling aus dem Bremer Osten, der parallel zu seinen 700 Netto Monatsgehalt bei voller Woche noch für unter Mindestlohn in seiner Freizeit Pizza ausfahren muss, berichtet unserer Korrespondentin begeistert, dass er praktisch jede freie Minute nutzt, um seinen Körper im Gym auf Vordermann zu bringen und richtig dicke Muskeln zu bekommen. Die Zeit in der Muckibude gibt ihm „Motivation und Hoffnung für die Zukunft“; sie kanalisiert also die Wut und lenkt sie in gemäßigte Bahnen, voll Vertrauen in dieses marode System.

Dazu kommt natürlich noch einen Weg, über die Arbeit gratis eine gute sportliche Betätigung ermöglicht zu bekommen, und das ist in den bewaffneten Organisationen des Staates, insbesondere in der Bundeswehr. Nimmt die Förderung des Staates für den Breitensport ab, die Angebote für seine Bürger, wachsen hingegen die Möglichkeiten auf profitablen Individualsport, der die Arbeiter „gefügt“ macht, und für die, die bereit sind, sich in seinen Reihen zu organisieren, um die Arbeiter und die Völker der Welt zu bekämpfen (mit Maßnahmen wie dem 100-Milliarden-Sondervermögen). So mobilisieren Polizei und Bundeswehr auch mit dem Faktor Sport unter den Leuten. •

## SOZIALE INFRASTRUKTUR VOR DEM KOLLAPS?



*Demonstration im Oktober*

In der letzten Ausgabe der Roten Post wurde sich schon der sogenannten Haushaltskrise der Bundesregierung gewidmet. Diese Haushaltskrise setzt sich nun auch in Nordrhein-Westfalen fort. Beziehungsweise ist sie in NRW schon längst angekommen. Denn schon seit Monaten häufen sich gerade aus dem bevölkerungsreichsten Bundesland die Meldungen über Pleitewellen bei Pflegeheimen, katastrophalen Zuständen in Kindertageseinrichtungen und Schulen, die häufig eher an Aufbewahrungsstätten als an Lehreinrichtungen erinnern.

Selbst die staatlichen und staatstragenden „öffentlich-rechtlichen“ Medien, wie der Westdeutsche Rundfunk, warnen inzwischen offen vor einem Zusammenbruch der sozialen Infrastruktur. Um dem ganzen Ausmaß der Krise in NRW ein Gesicht zu geben, hier ein paar Zahlen und Fakten dazu.

Im ersten Halbjahr 2023 sind insgesamt 73 Pflegeeinrichtungen pleite gegangen. Zum Vergleich, im ganzen Jahr 2022 waren es insgesamt 25. Das ist also fast eine Verdreifachung zum Vorjahr. Hinzu kommen die Schließungen von Krankenhäusern. Neun Krankenhäuser haben dieses Jahr Insolvenz angemeldet. Im Essener Norden wurden in den letzten Jahren zwei Krankenhäuser dicht gemacht, was bedeutet das Hunderttausende Arbeiter medizinisch mangelversorgt sind, weil es im gesamten Norden nur noch ein Krankenhaus gibt.

In den Kindertageseinrichtungen fehlen im gesamten Bundesland über 100.000 Kita-Plätze. Das liegt aber nicht nur daran, dass es real zu wenig Kindertageseinrichtungen gibt oder diese zu klein sind, sondern vor allem am fehlenden Personal. Es fehlen schlicht zehntausende Stellen an Erziehern und anderem pädagogischen Personal.

Die Folgen sind wie schon erwähnt geschlossene Kitas, eingeschränkter Pflegebetrieb und kein Ganztagsangebot für Schülerinnen und Schüler an Schulen. Sogar der beschlossene Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung an Grundschulen ab dem Jahr 2026 ist damit in realer Gefahr. Die Gründe für diese Misere - egal ob in den Pflegeheimen, Schulen oder Kliniken - sind fast immer dieselben. Vorhandenes Personal könne aufgrund der unsicheren Finanzierungslage durch Bund und Länder nicht gehalten werden und neue Arbeitsstellen, welche bitter nötig sind, können erst gar nicht geplant werden. Durch die Inflation und Teuerungen und den minimal dazu angepassten Löhnen verschlechtert sich diese Lage noch einmal dramatisch.

Deswegen haben sich am 18. Dezember erneut verschiedene Organisationen der sogenannten freien Wohlfahrt zusammengetan, um diese Zustände und die Politik der Landesregierung zu kritisieren. So sagt der Vorsitzende der Freien Wohlfahrtspflege NRW, dass er davon ausgeht, dass viele Einrichtungen ihre

Dienste einstellen müssen. Dass die Landesregierung auf diese Pressemitteilung reagiert, ist aber mehr als fraglich. Im September letzten Jahres gingen vor dem Landtag schon 10.000 Arbeiter beim bundesweiten Aktionstag „Fünf vor Zwölf“ gegen Umverteilung der Krisenlasten auf den Rücken des Volkes demonstrieren. Im Oktober demonstrierten dieses Mal sogar 25.000 Arbeiter aus den sozialen und gesundheitlichen Berufen, erneut mit der Forderung, dass die Landesregierung ihre Krisenpolitik zulasten des Volkes beendet. Und erst letztens im Dezember besuchten 15.000 Menschen die Streikkundebungen der Landesangestellten des öffentlichen Dienstes, welche wieder vor dem Landtag stattfand und ebenfalls genau diese Themen auf die Agenda setzte.

Die bürgerlichen Parteien in NRW, sowohl die in der Regierung als auch in der Opposition üben sich derweil in Demagogie und Schuldzuweisung. Die SPD, welche jahrelang NRW regierte und diese Zustände erst möglich machte, profiliert sich mit ihren Verbindungen in die Spitzenämter der sozialdemokratischen Wohlfahrtsorganisationen, aber hat nichts als Appelle an die Landesregierung aus CDU und Grünen übrig. Die FDP sagt, dass das Thema zur Chefsache erklärt werden muss, weil die Hütte brennt, ist aber auch nur dafür bekannt soziale Infrastruktur so schnell es geht zu privatisieren und in den Bankrott zu treiben. Und der AfD Fraktionsvorsitzende im Landtag meldet sich in der Debatte mit vollkommen absurden Stammtischparolen, das „mehr beim Gendern und Diversität“ gespart werden solle, um das Geld in die soziale Infrastruktur zu investieren. Was auch immer das in der Realität heißen soll.

Derweil hatte die grüne Fraktionschefin Verena Schäffe, als Teil der NRW-Landesregierung bei ihrem Auftritt im Oktober bei der Großkundgebung vor dem Landtag - während sie zurecht ausgebuht wurde - noch versprochen die Energie der Kundgebung in die Verhandlungen für den neuen Haushalt zu nehmen. Was wurde daraus? Natürlich nichts als leere Worte der Grünen Opportunisten. Ihr CDU-Regierungspartner Thorsten Schick schiebt derweil die Verantwortung auf den Bund und die Kommunen. Gerade letzteres ist im Kontext der Wirtschaftskrise in NRW an Frechheit nicht zu überbieten. Ohne die Kommunen als Teil des bürgerlichen Staates in Schutz zu nehmen, sind sie doch die staatliche Ebene mit dem wenigsten Gestaltungsspielraum in finanziellen Fragen und müssen oft das Umsetzen

was Bund und Länder ökonomisch diktieren. Nicht ohne Grund schrieben schon im September über 350 Städte und Gemeinden aus NRW dem CDU-Ministerpräsidenten einen Brandbrief, indem sie davor warnen im Jahr 2024 nicht mehr handlungsfähig zu sein und anschließend damit drohen Kultur- und Sporteinrichtungen des öffentlichen Bedarfs zu schließen um Geld zu sparen. Also wird wieder die finanzielle Notlage gegen unsere Bedürfnisse ausgespielt, statt gegen die regierenden Verursacher.

Doch das falsche Geschwätz der bürgerlichen Politiker ist kein Grund den Kopf in den Sand zu stecken. Von diesen professionellen Lügner können wir sowieso nicht erwarten, dass sie sich auf die Seite des Volkes schlagen und die Probleme im Sinne des Volkes lösen. Im Gegenteil die bürgerlichen Politiker aller Parteien sind diejenigen, die diese Probleme entstehen lassen, verwalten und zuspitzen. Was uns aber sehr ermutigen sollte ist, dass in Nordrhein-Westfalen über Monate zehntausende Menschen für ihre Rechte und die soziale und gesundheitliche Infrastruktur, die wir alle brauchen, auf die Straße gehen. Und nicht nur das, die Menschen gehen auch für die Erhaltung und gute Bezahlung ihrer wichtigen Arbeit in diesen Bereichen auf die Straßen und streiken auch. Das ist eine sehr gute Sache und zeigt das sehr viele Arbeiterinnen und Arbeiter in NRW sich diese Krisenpolitik nicht mehr gefallen lassen wollen und verstanden haben das diese Haushaltskrise, die Inflation und Teuerungen Teil eines großen ökonomischen Angriffs auf die Arbeiterklasse in diesem Land sind, mit dem die Herrschenden versuchen die Kosten der Krise auf unseren Rücken abzuladen. Was wir jetzt brauchen ist, dass dieses große Potenzial an Wut und Veränderungswille in die richtigen Bahnen mobilisiert wird. Es braucht eine Organisation, die kompromisslos und kämpferisch für die Interessen der Arbeiterklasse kämpft. Deswegen appellieren wir auch an jeden Leser der genau diese richtige Wut auf die Bundes- und Landesregierung hat und langfristig etwas verändern möchte sich mit dem Roten Bund zu beschäftigen und mit ihm in Kontakt zu treten. Denn früher oder später, und das ist klar, wird ihre Krisenpolitik auf eine kämpferische Antwort treffen, die sie nicht ignorieren können. •

## ZENTRALER PROTESTTAG VON APOTHEKERN IN SÜDDEUTSCHLAND

**A**m Mittwoch, den 22. November waren in Baden Württemberg und Bayern nahezu alle Apotheken geschlossen. Der Grund dafür war ein zentraler Protesttag der Apotheker in Süddeutschland, welcher Teil eines bundesweiten Protestmonats der Apotheken war. Für jenen Tag riefen die Apothekenverbände in Bayern und Baden Württemberg zu einem zentralen Protest in Stuttgart auf. Unterstützt wurden sie, von der Baden Württembergischen Ärzteschaft, welche sich mit dem Protest solidarisierte und ebenfalls ein Kontingent von Ärzten nach Stuttgart bewegte. Der Grund für diese Aktivitäten, ist der große wirtschaftliche Druck unter welchem die Apotheken in der BRD stehen und dazu auch der mangelnde Wille der Regierung irgendetwas an der bestehenden Situation zu ändern. Wie groß der Druck ist, unter welchem die Apotheken stehen wird deutlich, wenn wir uns die Beteiligung der Apotheker an dem Protest ansehen. Insgesamt haben an diesem Tag um die 5.000 Menschen in Stuttgart demonstriert.

Die Apotheker forderten auf ihrem Protest unter anderem eine Erhöhung der staatlich geregelten Vergütung. Im Laufe der letzten zwanzig Jahre ist diese nur einmal angehoben worden. Doch nun, inmitten der aktuellen weltweiten Wirtschaftskrise, sind auch die Apotheken von den steigenden Preisen betroffen. Da die gestiegenen Kosten jedoch durch nichts ausgeglichen werden, führt dies zu genau der schlechten wirtschaftlichen Situation, in welcher sich die Apotheken aktuell befinden. Viele Apothekenbesitzer sehen sich zunehmend mit finanzieller Unsicherheit bedroht und immer mehr von ihnen, sehen sich auch nicht mehr dazu in der Lage, die zunehmende finanzielle Belastung weiter zu stemmen. Als Konsequenz haben wir das weiter zunehmende Apothekensterben in der BRD. Seit Jahren sinkt die Zahl der Apotheken stetig. Im Jahr 2014 gab es in Baden Württemberg nach Angaben der Landesapothekerkammer gut 2.600 Apotheken. Ende des letzten Jahres noch rund 2.300. Zum aktuellen Zeitpunkt (Stand: 30. Juni 2023) gibt es in Baden-Württemberg lediglich noch 2.264 Apotheken. In ganz Deutschland ist die Apothekenzahl in den ersten neun Monaten des Jahres 2023 laut der Bundesvereinigung Deutscher Apothekenverbände (ABDA) von 18.068 auf 17.733 Apotheken gesunken. Statistisch

gesehen schließt in Deutschland gerade jeden Tag eine Apotheke. Die sogenannte Apothekendichte, also die Zahl der Apotheken je 100.000 Einwohnerinnen und Einwohner, beträgt zum aktuellen Zeitpunkt im Bundesweiten durchschnitt nur noch 22. In Baden Württemberg ist diese Apothekendichte mit 21 sogar geringer als im bundesweiten Vergleich. Insbesondere in ländlichen Regionen sind die Menschen dabei besonders stark vom Apothekensterben betroffen. Zunehmend müssen diese Menschen häufiger lange Fahrwege auf sich nehmen, um notwendige Arzneimittel zu besorgen. Die Situation ist mittlerweile soweit, dass Sprecher des Landesapothekenverband (LAV) das Versorgungsniveau in Deutschland als "gerade noch ausreichend" bezeichnen.

Zusätzlich kommt dadurch auch noch eine zusätzlich steigende Arbeitsbelastung auf die Beschäftigten in den Apotheken zu. In Folge zunehmender finanzieller Belastung sehen sich viele Apotheken nicht dazu in der Lage, weiteres Personal einzustellen, was bedeutet, dass die gemachte Arbeit auf immer weniger Leute verteilt wird. Die Arbeiter in der Apotheke werden also mehr ausgebeutet, was durch viel Bürokratie im Abrechnungs- und Dokumentationsbereich auch noch weiter zunimmt. Viele junge Menschen sehen für sich entsprechend keine Perspektive mehr darin in einer Apotheke zu arbeiten und suchen sich einen anderen Job mit weniger Belastung.

Hinzu kommen dann auch noch die anhaltenden Lieferengpässe verschiedener Medikamente. Von Hustensaft bis zu Antibiotika und Blutdrucksenker sind zahlreiche Medikamente an verschiedenen Orten immer wieder nicht lieferbar. In der Praxis kann dies für die betroffenen Personen äußerst gefährlich sein. Diese Lieferengpässe haben verschiedene Hintergründe. Ein Aspekt für die Lieferengpässe ist, dass viele Pharmaunternehmen ihre Produktion auf andere Länder wie Indien und China ausgelagert haben, da dies für sie wirtschaftlich lukrativer war. Grund dafür sind die billigeren Produktionskosten in diesen Ländern, was sie als Produktionsstandort attraktiver macht. In Folge existieren allerdings auch längere Lieferwege, bei welchen es mehr Probleme und Verzögerungen geben kann. Dazu gibt es aber auch Aspekte, die den deutschen Markt für viele Phar-

mauntern uninteressant machen. Einerseits gibt es in Deutschland festgelegte Festbeiträge für verschreibungspflichtige Medikamente. Dies sind Höchstbeträge für die Erstattung von Preisen durch die gesetzlichen Krankenkassen. Im Klartext bedeutet dies, die Krankenkassen zahlen nicht jeden Preis, sondern nur bestimmte Festbeträge, welche für Gruppen gleichwertiger Medikamente gelten. Doch die Kosten für die Produktion als auch der Preis für zahlreiche Medikamente steigen auf internationaler Ebene weiter an. Entsprechend ist es für viele pharmazeutische Unternehmen wirtschaftlich viel lohnenswerter, ihre Medikamente nicht in der BRD, sondern in anderen Ländern über dem deutschen Festpreis zu verkaufen.

Auch Rabattverträge sind ein Faktor für die Lieferengpässe. Im Rahmen solcher Rabattverträge handeln die Krankenkassen Preisnachlässe mit bestimmten pharmazeutischen Unternehmen aus. Die Krankenkassen erhalten darauf für die Erstattung von Medikamenten jener bestimmter Hersteller einen Rabatt, wodurch sie ihre Kosten senken. Für die Apotheker bedeutet dies dann im konkreten, dass sie auch nur die Medikamente herausgeben dürfen, mit welchen die jeweiligen Krankenkassen solche entsprechenden Rabattverträge geschlossen haben. Wenn ein Medikament nicht vorrätig ist, darf es also auch nicht einfach durch ein anderes mit dem gleichen Wirkstoff ersetzt werden. In diesem Fall müssen die Apotheker nachprüfen ob der Hersteller eines anderen ihrer gleich-wirksamen Medikamente ebenfalls einen Vertrag mit den Krankenkassen geschlossen hat. Falls dies nicht der Fall ist, muss der Arzt wiederum ein ein anderes Medikament verordnen. Die Regelung der Rabattverträge führt des weiteren auch dazu, dass sich jene Pharmaunternehmen, für welche keine solche Rabattverträge gelten, in Folge aus dem deutschen Markt zurückziehen. Die Konsequenz sind Liefer-

engpässe und Medikamentenmangel, welche neben der allgemeinen Verschlechterung der Gesundheitsversorgung des Volkes auch eine zusätzliche vermehrte Arbeitsbelastung der Arbeiter in Apotheken zur Folge haben.

Diese Situation in der Frage der Gesundheitsversorgung war insgesamt das Thema beim Protest der Apotheker. Viele Apotheker denunzieren, dass die Regierung, die deutsche Gesundheitsversorgung kaputt spart, was sowohl sie als Apotheker, als auch den ganzen Rest des Volkes trifft. Vor allem die sogenannten „Lösungen“ des von Karl Lauterbach geführten Gesundheitsministeriums bestätigen das. So hatte Lauterbach gegenüber der Frankfurter Allgemeinen darüber gesprochen, dass es in Zukunft möglich sein soll Scheinapotheken ohne Apotheker zu eröffnen. Diese könnten laut Lauterbach als Zweigfilialen einer Hauptapotheke funktionieren. In dieser Hauptapotheke könnte dann ein Apotheker per „Telepharmazie“ (also über Videoanruf) mit den Zweigfilialen verbunden sein. Auch Notdienste und Labore zur Arzneimittelherstellung sollen in diesen „Apotheken“ nicht mehr vorhanden sein. Jene „Lösungen“ sehen also nicht vor etwas an der schlechten Situation der Gesundheitsversorgung zu ändern. Vielmehr sehen diese vor, eine Zwei-Klassen-Gesundheitsversorgung in der Frage der Apotheken zu zementieren. Die Präsidentin von ABDA reagierte auf diese Pläne geschockt und bezeichnete sie als „völlig verrückt“. Zurecht wurden diese Pläne auch am 22. November von den protestierenden Apothekern angegriffen und zurückgewiesen.

Lauterbach wurde richtigerweise viel von den Apothekern kritisiert, da er die Verantwortung für das kaputt gesparte Gesundheitswesen trägt. Zahlreiche andere hochrangige Politiker konnten jedoch im Rahmen des Protestes in Stuttgart auftreten und sich als scheinbare Interessenvertretung der Apotheker ausgeben. Ob sie kompetenter wären bleibt unklar, sicher ist jedoch, dass sich kein bürgerlicher Politiker ernsthaft um die Belange der Arbeiter oder die Gesundheit des Volkes schert, und letztlich sind sie alle hauptsächlich Vertreter der Interessen der imperialistischen deutschen Großbourgeoisie, deren Interessen in erhöhtem Maße auch in Widerspruch zu denen der Kleinbourgeoisie geraten. Die Situation rund um die Apotheken ist dabei eines von vielen Beispielen, das zeigt, wie überholt und rückschrittlich das bestehende System ist. •



## TEMU – BILLIGWARE FÜR DIE JUGEND



**T**emu ist die neue Nummer Eins in den App-Charts, taucht überall in den sozialen Medien auf und ist besonders unter Jugendlichen ein Dauerbrenner geworden. Dabei ist die Online-Plattform für chinesische Billigartikel aller Art gerade einmal seit April in Europa aktiv. Los ging es im September 2022 in den USA. Temu erfüllt für den chinesischen Imperialismus den Zweck, die billig im Land produzierte Ware in anderen imperialistischen Ländern gewinnbringend zu verkaufen und deren Märkte im gleichen Zuge mit chinesischen Produkten zu überschwemmen. Bei den Preisen können europäische Hersteller im Allgemeinen nicht mithalten. Das trifft auf sehr viel chinesische Ware zu – so wurden diesen September von der EU Überlegungen zu Strafzöllen auf chinesische E-Autos zu „Dumping-Preisen“ wegen „Marktverzerrung“ publik. Temu richtet sich in erster Linie an die Arbeiter in imperialistischen Ländern, die sich also die auf Temu angebotenen Produkte nicht in einer „richtigen“ oder Marken-

version leisten können. Temu bietet für sie also eine neue Möglichkeit, an Luxusartikel (hier: Produkte, die der Mensch nicht für seine Reproduktion braucht, d.h. die sozusagen nicht zum Überleben notwendig sind) bzw. „Luxusschrott“ zu kommen, was besonders bei der Jugend – unterstützt von aggressiver Werbung – Interesse auslöst. Diesen Sommer gab Temu an, hochgerechnet auf 61 Milliarden Bestellungen im Jahr zu kommen, der Wert dürfte bis jetzt gestiegen sein. Nur zum Vergleich – das ist mehr als 7 ½ mal so viel, wie die Erde Einwohner hat. Der Einfluss von Temu und anderen Shopping-Plattformen auf die Arbeiterklasse und besonders die Jugend ist sehr schädlich, und deshalb wollen wir uns hier damit auseinandersetzen.

Die Plattform Temu steht in einer Reihe mit den chinesischen Billig-Anbietern Ali-Express und SHEIN. Charakterisierend dafür ist an erster Stelle, dass der Wert der Arbeitskraft in China relativ niedrig ist und der chinesische Imperialismus die Arbeiter oft

unter Bedingungen, die schlimmer sind als in vielen Ländern der dritten Welt, nicht selten 70 Stunden in der Woche ausbeutet. Andere Imperialisten tun das gleiche, nur eben nicht daheim, sondern in Ländern der dritten Welt, wie zum Beispiel für Textilware in Indien oder Bangladesch. Dazu kommt als nächstes, das in China nicht nur in Frage der Arbeitskraft, sondern auch in Frage des Warenwerts extrem billig produziert wird. D.h. die Arbeitszeit für ein einzelnes Produkt ist vergleichsweise sehr gering, die Arbeitsschritte simpel und überschaubar und die Qualität der Ware dementsprechend. Nun kommt das Versandsystem von Temu zum Zuge, denn anders als z.B. Amazon vermeidet die Ware Zwischenstationen auf dem Weg von der Fabrik zum Käufer. In China geht die Ware direkt vom Band der Verkäufer in eins der riesigen ‚Fulfillment-Center‘ von Temu, wo die Pakete gepackt und zum Abflug vorbereitet werden. In Europa und den USA gibt es entsprechend – im Gegensatz zu Amazon – keine Logistikzentren; die Ware geht direkt zum Versanddienst. An vierter Stelle kommt nun die Werbung. Das sind aggressive Push-Nachrichten, Social-Media-Gaukelei, kleine In-App-Spiele und besonders ganz viele falsche Bilder und Rabattzeichen. Angebliche Rabatte gibt es eigentlich auf jeden Artikel; und die Bilder – und z.T. auch technische Angaben – versprechen Dinge, die mit dem Produkt kein bisschen übereinstimmen. Und ja, wer würde bei einer Kettensäge für 11 Euro nicht zuschlagen wollen, einfach weil es so billig ist und es doch nicht schaden kann, so etwas zu haben? Ehe man das Paket erhält und sich unter der billigen Säge, die auf dem Foto ganz anders aussah, nicht mal ein Motor versteckt. Keiner braucht Temu; es geht nicht um Lebensmittel, und billige Kleidung kriegt man auch woanders. In selteneren Fällen können Produkte nützlich sein, oft kriegt man aber – besonders was Produkte mit Elektronik angeht – absoluten Ramsch zugesandt, den man nicht braucht bzw. gebrauchen kann.

Was Temu in anderer Hinsicht auf die Spitze treibt, ist besonders in Frage von Kleidung Gewohnheit: Den Arbeitern in imperialistischen Ländern steht eine große Bandbreite an Einkaufszentren, Passagen und besonders Online-Shopping-Plattformen zur Verfügung. Die meisten Arbeiterfamilien können sich, in erster Linie ihren Kinder diesen kleinen Luxus in Teilen gewährleisten. Schon bevor es überhaupt in die Schule geht, kennen einige Kinder die coolen Marken und haben sehr genaue Vorstellungen, was sie tragen wollen, um bei den anderen Eindruck zu machen. Auch für Handy, Computerspiele usw.

sinkt die Alters- und Hemmschwelle. Die Werbung über Influencer, im Fernsehen, im Radio und in den sozialen Medien ist oft nicht weniger dreist als die von Temu. Das „Shoppen“ in imperialistischen Ländern bedeutet: Man kauft in sehr vielen Fällen etwas, was man nicht braucht, und etwas was man eigentlich nicht will – was man lediglich haben „will“, weil die Einkaufspropaganda es einem so diktiert. Dadurch, dass man sich diktieren lässt, was angesagt ist und selbst anfängt, diese Maßstäbe zu übernehmen und eigene „Interessen“ in diesem Bereich zu entwickeln, verkauft man sich noch mehr in völliger Unfreiheit an die Imperialisten und lässt sich noch mehr von ihnen beherrschen und ausnutzen. Dass die Kaufkraft der Arbeiter für Luxusartikel eben stark begrenzt ist, das macht sich Temu zunutze.

Egal, ob wir unseren Samstagmittag bei Primark verbringen, um diverseste Kleidung anzuprobieren und zu kaufen, oder ob wir andauernd am Handy in der Temu-App nach den neusten möglicherweise nützlichen Ramsch-Schnäppchen suchen, während eine Milliarde auf der Welt am Hungern ist – der Kaufwahn lenkt uns von den wahren Problemen ab, stellt das Individuum und den Einzelbesitz ins Zentrum von allem und gaukelt uns eine Welt voller Möglichkeiten trotz unserer Ausbeutung vor. Diese Illusion zerbricht nicht von heute auf morgen und ist deshalb besonders unter jungen Menschen noch mehr verbreitet. Somit spielt auch Temu eine Rolle darin, unsere Klasse zu betäuben und mit faulen Versprechen davon abzuhalten, gegen dieses System zu kämpfen.

Ob man bei Temu nun kauft oder nicht, das sollte man nicht von irgendwelchen moralischen Bedenken abhängig machen. Auch die anderen Imperialisten produzieren in der dritten Welt unter ähnlichen abartigen Bedingungen ihre Ware wie die chinesischen Imperialisten, und auch dessen Stärkung gegenüber der BRD mittels der Überflutung der Märkte mit Billigware kann für das Proletariat als Klasse ohne Vaterland nicht von Belang sein. Genauso wenig lässt sich mittels eines „nachhaltigen Kaufverhaltens“ die gesellschaftliche Produktion auf den Kopf stellen und die Ausbeutung abschaffen. Die Ausbeutung lässt sich nur durch Kampf beenden. Es kann bei allem nur empfohlen werden, nicht all zu viel Geld für Schrott auszugeben – wichtig aber ist, die Illusion in dieses System, die die Imperialisten auch mittels ihrer Shopping-Angebote nähren, hinwegzufegen. •

# WWW.DEMVOLKEDIENEN.ORG



*Täglich neue Nachrichten von Kämpfen in den Vierteln, Entwicklungen in der BRD sowie aktuelle Informationen über den Widerstand in den unterdrückten Nationen auf deutsch und englisch.*

## KOMMENDE TERMINE

### BREMEN

Café Rebellion  
BDP-Haus (Am Hulsberg 136)  
Jeden Mittwoch  
ab 17 Uhr

### BERLIN

Lenin-Liebknecht-Luxemburg-Demonstration  
14.01.2024 | 10 Uhr  
Frankfurter Tor

## KONTAKTE

### BUNDESWEIT

Roter Bund | [kontakt@roterbund.de](mailto:kontakt@roterbund.de)  
Rotes Frauenkomitee | [rfk-kontakt@roterbund.de](mailto:rfk-kontakt@roterbund.de)

### BADEN-WÜRTTEMBERG

Roter Bund | [bw@roterbund.de](mailto:bw@roterbund.de)

### BERLIN

Roter Bund | [berlin@roterbund.de](mailto:berlin@roterbund.de)

### BREMEN

Roter Bund | [bremen@roterbund.de](mailto:bremen@roterbund.de)  
Rotes Frauenkomitee Bremen | [rfk-bremen@roterbund.de](mailto:rfk-bremen@roterbund.de)

### HAMBURG

Roter Bund | [hamburg@roterbund.de](mailto:hamburg@roterbund.de)  
Rotes Frauenkomitee Hamburg |  
[rfk-hamburg@roterbund.de](mailto:rfk-hamburg@roterbund.de)

### NRW

Roter Bund | [nrw@roterbund.de](mailto:nrw@roterbund.de)

### DAS TITELBILD

Feierlichkeit zum 130. Jahrestag der Geburt des Vorsitzenden Mao Tse-tung in Kolumbien

Quelle: redherald.org

# ROTE POST

